

BAHNLÄRM: Bürgerinitiative Stille Schiene unterstützt Schreiben an EU gegen Intervention der Verkehrskommissarin bei Einführung leiserer Bremstechniken

Protest: „Senkung des Lärmniveaus nicht weitere elf Jahre verschieben“

"Es muss ein gutes Gefühl sein, wenn Lobbyisten an mehreren Stellen gleichzeitig ihren Einfluss geltend machen und somit unterschiedliche politische Gremien erfolgreich gegeneinander ausspielen können", schreibt die Bürgerinitiative Stille Schiene ironisch in einer Pressemitteilung. Das zeige sich in einer weiteren Politposse rund um das Thema Bahnlärm.

Die Bundesregierung habe im Koalitionsvertrag eindeutig vereinbart, dass auf deutschen Gleisen bereits ab 2020 keine Güterzüge mit veralteter und besonders lärmintensiver Grauguss-Bremstechnik mehr eingesetzt werden sollen. Sie habe auch die Bereitschaft signalisiert, dieses Ziel gegebenenfalls mit Hilfe von Nachtfahrverboten für laute Güterzüge durchzusetzen. Die Interessenverbände der Bahnbetreiber hätten zunächst noch versucht, dieses Szenario durch massiven Druck auf Bundestagsabgeordnete, Mitglieder des Verkehrsausschusses sowie Bundesregierung zu verhindern.

"Als man erkannte, dass das wohl nicht so einfach funktionieren würde, ging man nach Brüssel. Dort fand man wiederum bei der erst im November 2014 ‚eingeschulten‘ EU-Verkehrskommissarin Violetta Bulc ein offenes Ohr für die Sorgen und Nöte der Bahnbetreiber", heißt es in der BISS-Mitteilung weiter.

Bulc habe dem deutschen Verkehrsminister Dobrindt mitgeteilt, dass die Deutschen von einem nationalen Alleingang absehen mögen und die endgültige und verpflichtende Verwendung leiserer Bremstechniken an Güterzügen gemeinsam mit allen EU-Staaten auf Basis einer EU-Richtlinie abwarten sollten. Diese Richtlinie werde 2022 kommen und bis zum Jahr 2026 umgesetzt.

Gegen Einknicken vor Bahn-Lobby

"Das würde eine durchgehende und technisch recht einfach realisierbare Absenkung des heutigen Bahnlärm-Niveaus um nahezu 50 Prozent um weitere elf Jahre in die Zukunft verschieben", kritisiert BISS-Sprecher Konrad Sommer.

Die Bürgerinitiative Stille Schiene unterzeichnete eine Erklärung der Bundesvereinigung gegen Schienenlärm, die ihren Protest gegen das Vorgehen der EU-Verkehrskommissarin deutlich zum Ausdruck bringt und Violetta Bulc zu Recht ein Einknicken vor den Interessen- und Lobby-Verbänden der europäischen Bahnbetreiber vorwirft.

Für die Anlieger deutscher Güterbahnstrecken und insbesondere die Betroffenen entlang der Transversale Rotterdam-Genua sei es völlig inakzeptabel, weitere elf Jahre ihre Gesundheit und ihren erholsamen Schlaf den Profitinteressen der Bahnindustrie zu opfern. Auch an die Bundesregierung erging die Aufforderung, der unberechtigten und gesetzlich nicht abgesicherten Vorgehensweise der EU-Kommission keinesfalls nachzugeben. *kso*

© Hockenheimer Tageszeitung, Montag, 21.09.2015